

# Regierungserklärung

**Regierungserklärung anlässlich der aussenpolitischen Debatte im Reichstag  
am 9. Februar 2000**

*Nicht offizielle Übersetzung, Änderungen vorbehalten*

Frau Präsidentin!

Zu diesem Zeitpunkt im nächsten Jahr hat Schweden den Vorsitz in der EU. Dieses Jahr wird von den Vorbereitungen angesichts dieser großen politischen Herausforderung und Möglichkeit geprägt sein.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert, wo Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sich über die Welt verbreitet haben. Gesellschaften mit Wohlstand für die Mehrheit der Menschen wurden gebildet. Kein Jahrhundert hat größere technische und wissenschaftliche Fortschritte gezeitigt.

Das 20. Jahrhundert war aber auch das erste Jahrhundert, wo die Menschheit die Fähigkeit hatte, sich selbst und ihre Umwelt zu zerstören. Es war das Jahrhundert der Weltkriege und der totalitären Diktaturen. Es hinterlässt Erinnerungen an den Holocaust, an Hiroshima, Gulag, Kambodscha und Ruanda.

Die Rückblicke, die uns helfen unsere Außenpolitik zu gestalten, müssen ein wahres Bild geben von dem, was geschehen ist. Das ist die Grundlage für die Initiative zu der internationalen Konferenz über den Holocaust. Nur wenn wir lernen was geschehen ist, können wir verhindern, dass etwas Ähnliches erneut geschieht.

In dem neuen Jahrhundert ist die Grundlage unseres Bestrebens die Wahrung der Menschenrechte sowie der Würde und Geborgenheit des einzelnen Menschen.

Wir haben heute eine globale Wirtschaft; Informationstechnologie, Kommunikation und Handel lassen die Landesgrenzen immer mehr an Bedeutung verlieren. Aber eine gemeinsame Wirtschaft muss auf eine gemeinsame Wertgrundlage von Menschenrechten und Demokratie bauen und von dieser balanciert werden.

Es bedarf einer globalen politischen Zusammenarbeit um eine globale Klassengesellschaft zu verhindern. Außenpolitik, Entwicklungshilfe und Handel müssen für das 21. Jahrhundert die selben Zielen haben: Respekt vor Menschenwürde, Gerechtigkeit und Wohlfahrt für alle.

Frau Präsidentin!

Schweden ist ein nordisches Land. Gemeinsame Geschichte, kulturelle Nähe und Wirtschaftsaustausch verbindet Schweden mit den Ländern im Norden und im Ostseeraum.

Schweden gehört zu Europa. Unsere Gesellschaft und unsere Kultur sind vom dem reich nuancierten Europa geformt worden.

Schweden hat seit langem ein starkes globales Engagement.

Die Außenpolitik unseres Landes wird von dieser dreifachen Identität geprägt.

Die nordische Zusammenarbeit wird aus täglichen Kontakten zwischen Menschen und Vereinen, Unternehmen und Kommunen gebaut. Das macht sie zu einem Teil unseres Alltags. Das gleiche dichte Gewebe wird jetzt zwischen den nordischen und den baltischen Ländern geknüpft.

Schweden will die Zusammengehörigkeit, die im Norden und rund um die Ostsee herangewachsen ist, befestigen. Unser Teil von Europa soll von gemeinsamer Sicherheit, Wirtschaftswachstum und einer guten Umwelt geprägt sein. Das dient der Sicherheit und Entwicklung in ganz Europa.

Der Rat der Ostseeanrainerstaaten muss gestärkt und die Zusammenarbeit in der Barentssee-Region vertieft werden. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit bauen wir eine breitere Sicherheit.

Die Projekte "Das Jahr der baltischen Staaten" und "Polen im Fokus" dienen der Vertiefung der Verbindungen über die Ostsee. Die Regierung will Estland, Lettland und Litauen sowie die übrigen Beitrittskandidaten angesichts der EU-Mitgliedschaft unterstützen.

Russland befindet sich noch immer in einem schweren Wandlungsprozess. Schweden unterstützt die demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen in Russland.

Es ist einer europäischen Demokratie nicht würdig, Städte in Ruinen zu legen. Wir respektieren Russlands territoriale Integrität und verurteilen Terrorismus wo immer er auch vorkommt. Aber der Konflikt in Tschetschenien muss ein Ende nehmen. Die russischen Militäraktionen müssen aufhören. Russland muss mit Vertretern Tschetscheniens über eine politische Lösung verhandeln.

Alle Betroffenen müssen Menschenrechte und humanitäres Recht respektieren. Die Zivilbevölkerung muss geschützt werden.

Russland ist ein Teil von Europa und von unserem Nahbereich. Schweden hat ein starkes sicherheitspolitisches Interesse daran, dass ein demokratisches Russland in die europäische und euro-atlantische Zusammenarbeit eingebunden wird. Dass die erste gemeinsame Strategie der EU Russland gilt zeigt, wie stark das Bewusstsein von Russlands Bedeutung für Europa ist.

Die nordische Dimension eröffnet neue Möglichkeiten für die EU, Zusammenarbeit, Wirtschaftswachstum, eine bessere Umwelt und Kulturaustausch in Nordeuropa zu fördern. Schweden wird während seiner EU-Präsidentschaft die Arbeit an der nordischen Dimension weiterführen.

Frau Präsidentin!

Europas Sicherheit ist unteilbar. Nordeuropa – die Barentssee-Region und die Arktis sowie der Ostseeraum – ist verankert in einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur zusammen mit den übrigen Ländern Europas und Nordamerikas.

Die positive sicherheitspolitische Entwicklung in Schwedens Nahbereich besteht trotz der Fragen, die in Bezug auf Russland gestellt werden müssen. Das Risiko eines Großmachtkrieges in Europa hat auf absehbare Zeit aufgehört.

Die heutige sicherheitspolitische Situation in Europa macht es möglich, auf ganz andere Art als früher dafür zu arbeiten, bewaffneten Konflikten vorzubeugen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat, ebenso wie der Europarat, wichtige konfliktvorbeugende Aufgaben.

Die EU hat einzigartige Voraussetzungen, hier eine zentrale Rolle zu spielen. Die EU vereint politische Bedeutung mit wirtschaftlicher Stärke und hat ein breites Spektrum von Instrumenten, die für die Vorbeugung von Konflikten zur Anwendung gelangen können. Angesichts der schwedischen Präsidentschaft arbeitet die Regierung dafür, dass die Union ihre vorbeugenden Fähigkeiten erweitert.

Die EU darf vor Krisen in Europa nicht machtlos dastehen. Die Erfahrungen aus dem Balkan zeigen, dass wir vorbereitet sein müssen, um schnell handeln zu können.

Die Regierung heißt deshalb die Fortschritte willkommen, die erzielt worden sind bei der Arbeit, die Fähigkeit der EU in Bezug auf sowohl militärisches als auch ziviles Krisenmanagement zu stärken.

Es wird eine zentrale Aufgabe für die schwedische Präsidentschaft sein, die EU in diesem Bereich zu führen.

Schwedens militärische Bündnisfreiheit mit dem Ziel, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen. Sie stärkt die Sicherheit in unserem Teil Europas und damit unsere eigene Sicherheit.

Schwedens Sicherheit hat eine deutliche europäische Dimension. Als Mitglieder der EU kommen wir einander immer näher in Bezug auf Zusammenarbeit und Wertegemeinschaft. Diese Zusammengehörigkeit schafft Solidarität und gemeinsame Sicherheit.

Die europäische Sicherheit muss sich an der internationalen Rechtsordnung und den Prinzipien der UN-Charta orientieren. Die Fähigkeit zu Vorbeugung und Management von Krisen, die wir in Europa entwickeln, soll auch zu einem Beitrag für die UNO und die globale Friedensarbeit werden.

Die Verflechtung von Ländern und Völkern in der EU ist die beste Garantie für langwierigen Frieden und Sicherheit in Europa. Deshalb sind die Erweiterung der EU und die Zusammenarbeit mit Russland, sowie auch mit weiteren Ländern in der Nähe der EU so wichtig.

Schwedens Mitwirken an Operationen zur Förderung des Friedens auf dem Balkan ist ein Ausdruck unserer Verantwortung für eine gemeinsame Sicherheit in Europa. Schwedisches Personal leistet bei diesen Operationen außerordentliche Einsätze. Die derzeitige Umstellung unserer militärischen Verteidigung soll unsere Fähigkeit verbessern, schnell und effizient beim Krisenmanagement mitzuwirken.

Schweden hat ein aktives Engagement im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und in der Partnerschaft für den Frieden. Diese füllen eine wichtige, politisch und militärisch Vertrauen schaffende Funktion. Ein Zusammenwirken mit der Nato ist auch von großer Bedeutung für die Fähigkeit der EU von militärischem Krisenmanagement.

Frau Präsidentin!

Als Land des EU-Vorsitzes muss Schweden im Interesse der gesamten EU, und damit auch in unserem eigenen, wirken. Der Auftrag ist, die EU zu leiten und zu vertreten und effektiv die gemeinsamen Fragen auf der Tagesordnung vorwärts zu bringen.

Für Schweden handelt es sich vor allem darum, die EU als Friedensprojekt zu stärken und die Union ihren Bürgern näher zu bringen.

Die Erweiterung ist ein Friedensprojekt. Sie wird von denselben Visionen und Idealen geleitet, die nach dem Zweiten Weltkrieg die europäische Integration zu Stande brachten. Sie gibt uns die Möglichkeit, eine Ganzheit aus dem Europa zu machen, das durch Weltkriege, Besatzung und Unterdrückung geteilt wurde. Sie ist eine historische Pflicht, die wir, die wir Mitglieder der Union sind, gegenüber Völkern haben, die Jahrzehnte lang Freiheit und Demokratie beraubt waren.

Bei der Erweiterung handelt es sich darum, unsere demokratische Wertegemeinschaft zu befestigen. Die Ereignisse der jüngsten Zeit in Österreich unterstreichen die Bedeutung, diese Gemeinschaft zu verteidigen, auch innerhalb des derzeitigen Mitgliedskreises der Union.

Die Regierungskonferenz, die kommende Woche eingeleitet wird, muss die Institutionen der EU reformieren, so dass die Erweiterung durchgeführt werden kann. Die Konferenz muss den rechtmäßigen Einfluss aller Mitgliedstaaten behaupten.

Die Regierung will während ihrer Präsidentschaft insbesondere für folgende Punkte arbeiten:

– Eine erweiterte Union. Schweden will die Kandidatenländer einer Mitgliedschaft näher führen und wird diesen Verhandlungen große Bedeutung beimessen. – Eine offene, moderne und effiziente Union. Die EU muss transparenter und die Arbeitsweise reformiert werden.

– Eine Union für nachhaltige Entwicklung, Wohlfahrt und Geborgenheit – eine Union in Bürgernähe. Die Politik soll in allen Bereichen von Umweltrücksichten geprägt sein. Chancengleichheit soll alle Tätigkeiten durchdringen. Alle Bürger haben ein Recht auf Wohlfahrt und Geborgenheit. Die EU soll eine solidarische und humane Migrations- und Asylpolitik vertreten.

– Steigende Beschäftigung und Wachstum in einer wettbewerbsfähigen Union. Das Wissen aller Menschen soll genutzt werden. Moderne Technik soll zur Anwendung gelangen, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden die Arbeit an der Verbesserung des Binnenmarktes weiter verfolgen.

– Eine solidarische und international aktive Union. Die EU soll besser werden in der Vorbeugung und dem Management von Krisen. Verschiedene Bereiche sollen zusammenwirken, damit die Union offener gegenüber der Umwelt wird. Menschenrechte und Demokratie sollen bei der internationalen Arbeit der EU einen hohen Stellenwert erhalten.

Durch die EU können wir dafür arbeiten, dass Europa seine Verantwortung für internationale Solidarität übernimmt. Durch die Union können wir unsere Interessen behaupten und eine globalisierte Weltwirtschaft beeinflussen.

Es liegt in Schwedens Interesse, den politischen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zu behaupten. Diese Zusammenarbeit ist von grundlegender sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Es ist wichtig, dass das WWU-Projekt erfolgreich wird. Die Währungszusammenarbeit erleichtert den wirtschaftlichen Austausch in der Union und kann ein Gegengewicht zu dem globalen Kapital darstellen.

Zur Zeit wird in Schweden eine breite Diskussion geführt über Schwedens Teilnahme an der dritten Phase der WWU. Ein Beschluss wird dem schwedischen Volk in einem Referendum oder bei der Wahl zum Reichstag unterbreitet.

Frau Präsidentin!

Die Globalisierung bedeutet sowohl Möglichkeiten als auch Risiken. Wir sehen heute deutlicher als je, wie die verschiedenen Teile der Außenpolitik zusammenwirken müssen, damit wir in der Lage sind, Konflikten, Unterdrückung und Armut vorzubeugen.

Das Aktionsprogramm der Regierung "Bewaffneten Konflikten vorbeugen" hat breite internationale Akzeptanz gefunden. Es wurde in einer Reihe von Ländern, sowie auch in der UNO, der EU, der OSZE und der Nato vorgestellt. Konfliktvorbeugung soll ein integrierter Teil unserer Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Ein Schreiben der Regierung über Konfliktvorbeugung wird dieses Jahr dem Reichstag vorgelegt werden.

Bei der Arbeit der Regierung für globale Sicherheit stehen fünf Ziele im Zentrum:

Menschenrechte und Demokratie – weil demokratische Staaten, die die Menschenrechte respektieren, Konflikte mit friedlichen Mitteln lösen können.

Wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit – weil verminderte Unterschiede Spannungen in und zwischen Staaten beseitigen.

Internationaler Freihandel – weil dieser zu Entwicklung und Wohlstand beiträgt.

Eine gute Umwelt – weil diese langfristig Überleben, Gesundheit und Möglichkeit zu Entwicklung sichert.

Abrüstung – weil dies Sicherheit und Stabilität schafft und uns von der Drohung von Massenvernichtungswaffen befreit.

Jedes einzelne dieser Ziele ist in sich von zentraler Bedeutung für ein Leben der Menschen in Würde und für eine Entwicklung der Länder in Sicherheit. Doch sie sind auch notwendige Bestandteile einer gemeinsamen Politik zur Vorbeugung von bewaffneten Konflikten.

Schweden soll beim Eintreten für die Menschenrechte und die Demokratie mit klarer und deutlicher Stimme sprechen.

In der Politik und im Völkerrecht verlagert sich der Schwerpunkt von der nationalen Sicherheit und Souveränität hin zur Sicherheit der Menschen und zu den Menschenrechten. Die Hauptverantwortlichen für Mord, Folter und Verfolgung sollen niemals ruhig schlafen können. Verstöße gegen die Menschenrechte sind eine Angelegenheit für die gesamte Menschheit.

Schweden tritt in der UNO, der EU, der OSZE und im Europarat dafür ein, dass der Einzelne ins Zentrum gestellt wird und die Menschenrechte gefördert werden.

Wir tun dies durch unser Engagement gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz – mögen es die Homosexuellen in Simbabwe, die Sinti und Roma in der Slowakei oder die Juden in Russland sein.

Wir tun dies durch aktive und in der EU koordinierte Maßnahmen gegen die Todesstrafe. Nahezu ganz Europa hat heute diese barbarische Strafe formell oder in der Praxis abgeschafft. Wir sind befremdet und empört darüber, dass die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten nach wie vor Anwendung findet.

Wir tun dies durch unseren Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und durch unsere Bemühungen zur Stärkung der UN-Konvention für die Rechte des Kindes. Unter schwedischer Führung wurde im Januar mit der Einigung auf ein Protokoll über das Verbot von Kindersoldaten diesbezüglich ein wichtiger Schritt unternommen.

Wir tun dies durch das Aufzeigen der Geschlechterdiskriminierung, von der weltweit die Hälfte der Bevölkerung mehr oder weniger stark betroffen ist. Die Mehrzahl der

Frauen gehören zu den Ärmsten der Welt. Die meisten Frauen haben keine Möglichkeit, ihre Rechte zu behaupten.

Wir tun dies durch die Anregung eines Dialogs zwischen den Vertretern des Christentums, des Islam und des Judentums.

Die Demokratie ist in der ganzen Welt auf dem Vormarsch. Trotz dieser Tatsache werden Menschen wegen ihrer Ansichten von den Machthabern unter anderem in Weissrussland, im Iran, auf Kuba und in China verfolgt. Schweden wird weiterhin darauf bestehen, dass die Achtung der Grundfreiheiten und politischen Rechte zu den internationalen Verpflichtungen aller Staaten gehört.

Die Lage der Menschenrechte in der Türkei muss sich verbessern. Schweden wird die weitere Entwicklung genauestens verfolgen.

Schweden soll beim Kampf für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit an vorderster Front stehen.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit Schwedens ist vom Grundgedanken getragen, die Armen selbst über ihre Zukunft bestimmen zu lassen. Armut, Unterdrückung und Konflikte müssen bekämpft werden.

Nach wie vor lebt ein Fünftel der Weltbevölkerung in extremer Armut. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit kann nicht allein das für das Jahr 2015 gesetzte Ziel erreichen, den Anteil der Ärmsten der Armen zu halbieren. Alle Bereiche der Politik müssen sich gegenseitig stützen.

Das von der Regierung für die schwedische Politik zur globalen Entwicklung eingesetzte parlamentarische Komitee soll eine entsprechend breite Perspektive ansetzen, in der die Rechte der Armen im Mittelpunkt stehen.

Auf die EU und ihre Mitgliedstaaten entfallen 60 % der weltweit geleisteten Entwicklungshilfe. Schweden will sich dafür einsetzen, dass diese Entwicklungshilfe effizienter zum Einsatz kommt. Die gemeinsame Politik der Europäischen Union muss ihren Beitrag zur globalen Entwicklung besser formen.

Die Regierung legt im besonderen Maß Wert darauf, dass langfristige und stabile Finanzierungssysteme für die UNO und die Entwicklungsbanken ausgearbeitet werden, dass im Sinne der UNO-Konferenzen der 90er Jahre fortgesetzt wird, und dass die funktionellen Kommissionen der UNO gestärkt werden.

Die Regierung tritt dafür ein, dass sich die Bretton-Woods-Institutionen stärker für die Bekämpfung der Armut einsetzen. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die regionalen Banken bedürfen einer besseren Koordinierung ihrer Maßnahmen. Soziale und humanitäre Forderungen müssen stärker berücksichtigt werden. Die Schuldenlast stellt in vielen armen Ländern ein entscheidendes Hindernis für die Entwicklung dar. Dem muss Abhilfe geschaffen werden. Schweden setzt sich für eine rasche Umsetzung der internationalen Schuldeninitiative der Weltbank und des Währungsfonds ein.

Schweden soll sich für den Freihandel einsetzen.

Schweden geht verstärkt gegen alle protektionistischen Tendenzen vor. Dies ist für uns, für Europa und für die Weltwirtschaft von Bedeutung. Zölle, Quoten und Handelsbarrieren nutzen nur wenigen. Den Preis dafür zahlen die Armen in Afrika, in Asien und Lateinamerika – und die Verbraucher auf der ganzen Welt.

Wir brauchen mehr Freihandel, und nicht weniger. Gleichzeitig wollen wir uns für eine nachhaltige Entwicklung und gute arbeitsrechtliche Bedingungen einsetzen.

Die Regierung tritt für eine offene EU ein, in der eine konsequente und solidarische Freihandelspolitik betrieben wird. Wir wollen die Arbeit für eine neue globale Verhandlungsrunde, trotz des Misslingens der WTO-Konferenz in Seattle, weiter verstärken. Diese Runde kann während des schwedischen EU-Ratsvorsitzes eingeleitet werden.

Ein natürlicher Bestandteil unserer Außenpolitik ist die Förderung der schwedischen Wirtschaftsinteressen. Mehr Export und Import fördern Wachstum und Beschäftigung, die Zunahme der Auslandsinvestitionen führt zu mehr Arbeitsplätzen, Qualifikation und Wettbewerbsfähigkeit. Wichtig ist auch, weltweit das Bild eines neuen, jungen und spannenden Schwedens hervorzuheben.

Schweden soll bei der internationalen Umweltarbeit führend sein.

Klimaveränderungen, Wassermangel, gefährliche Chemikalien und mehr Abgase bedrohen die globale Umwelt. Der Einsatz für eine gute Umwelt geht einher mit der Bekämpfung der weltweiten Armut. Gleichzeitig sehen wir bei den Entscheidungsträgern der Welt das Unvermögen, bei zentralen Beschlüssen vom Umweltgedanken geleitet zu werden.

Die Umweltproblematik bietet jedoch auch neue Möglichkeiten. Sie lehrt uns den sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen. Sie trägt zu einer modernen Wirtschaft mit neuen Geschäftsmöglichkeiten bei.

Viele Umweltprobleme machen weltweite Abkommen erforderlich. Die Regierung wird sich in der EU im Herbst auf der Klimakonferenz von Den Haag für konkrete Maßnahmen stark machen. In der UNO werden während des schwedischen EU-Ratsvorsitzes die Energieressourcen der Welt diskutiert werden.

Die Regierung setzt sich für das Zustandekommen weltweit bindender Verpflichtungen zum Verbot gefährlicher Chemikalien ein. Die Verhandlungen hierzu werden im nächsten Jahr in Stockholm zum Abschluss kommen.

In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wird die Regierung vorrangig Maßnahmen für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft und den sparsamen Umgang mit begrenzten Wasserressourcen vorantreiben.

Schweden soll mit Engagement und Wissen seine Arbeit für die Abrüstung zu Ende führen.

Die Regierung misst der Abrüstung, vor allem im atomaren Bereich, größte Bedeutung bei. Wir bedauern die im Zuge der Probesprengungen Indiens und Pakistans erlittenen Rückschläge.

Schweden hat seine tiefe Besorgnis über die Folgen des vom amerikanischen Kongress ausgesprochenen Neins zum völligen Verbot der atomaren Sprengungen und die Diskussion über die nationale Verteidigung mit atomaren Sprengköpfen zum Ausdruck gebracht. Die russische Atomwaffenpolitik und die große Anzahl taktischer Kernwaffen in unserem Nahbereich unterstreichen unsere Befürchtungen, dass die Kernwaffen an Bedeutung zunehmen können.

Die Einsätze zur Beseitigung der Massenvernichtungswaffen des Irak sind noch nicht zu Ende. Mit dieser schweren Aufgabe wurde erneut ein Schwede betraut.

Das Agieren der atomaren Mächte ist für die Glaubwürdigkeit des Nichtverbreitungsvertrages von großer Bedeutung. Schweden will den engen Zusammenhang zwischen Nichtverbreitung und Abrüstung hervorheben. Die Zusammenarbeit in der EU und mit anderen Staaten innerhalb der so genannten Koalition für eine neue Tagesordnung ist besonders wichtig.

Das Ziel einer Welt, die frei von allen Massenvernichtungswaffen ist, bleibt bestehen.

Die Regierung begrüsst den Durchbruch, den die Konvention von Ottawa beim Totalverbot von Anti-Personen-Minen erzielt hat. Gemeinsam mit anderen Staaten treten wir für die Maßnahmen gegen die Verbreitung und Anwendung von leichten Waffen ein. Wir nehmen aktiv an der Arbeit zur Rüstungskontrolle in Europa teil.

Frau Präsidentin!

Die Verantwortung der Vereinten Nationen ist zu allererst, als Garant dafür einzutreten, dass in der Weltpolitik Recht vor Macht geht. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bildet den Kern der internationalen Rechtsordnung. Durch die globale Zusammenarbeit können wir den internationalen Frieden und die Sicherheit gewährleisten und Lösungen für die großen lebenswichtigen Fragen finden.

Die Regierung will globale Zusammenarbeit stärken, indem sie den einzelnen Menschen und die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Ein breiter definierter Sicherheitsbegriff findet in der UNO immer stärkeren Anklang. Die Sitzung des Sicherheitsrats zu HIV/AIDS ist ein aktuelles Beispiel hierzu.

Die UNO muss gestärkt werden, um den kommenden Herausforderungen der Welt besser entgegenzutreten zu können. Alle Mitgliedstaaten müssen ihre Pflichtbeiträge an die UNO leisten – in vollem Umfang, pünktlich und bedingungslos. Die im September beginnende Vollversammlung zur Jahrtausendwende wird eine wichtige Chance zur Erneuerung der UNO sein.

Schweden wurde eine besondere Verantwortung für die Reform des UN-Sicherheitsrates erteilt. Unser Ziel ist es Einigung zu erreichen in den Fragen der Transparenz und Effizienz bei der Arbeit des Rates sowie bei einem die Welt von heute widerspiegelnden Mitgliederkreis.

Es herrscht breite Einigkeit darüber, dass der Sicherheitsrat seine Fähigkeit zur Konfliktvorbeugung stärken muss. Schweden begrüsst die von der UNO begonnene vertiefte Diskussion über vorbeugende Maßnahmen.

Kommt es zu einer Krise, und ein internationales Eingreifen wird notwendig, muss der Sicherheitsrat seine Verantwortung übernehmen und die notwendigen Beschlüsse fassen. Die internationale Gemeinschaft muss aus den vor kurzem vorgelegten Berichten zu Srebrenica und Ruanda wichtige Schlussfolgerungen ziehen.

Nach der Charta der UNO kommt dem Sicherheitsrat die Aufgabe zu, über die militärische Gewaltanwendung zu anderen Zwecken als der Selbstverteidigung zu beschließen. Alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung müssen zuerst ausgeschöpft werden. Eine Gewaltanwendung ohne das notwendige Mandat des Sicherheitsrates, riskiert eine Abschwächung der internationalen Rechtsordnung.

Doch notwendige Maßnahmen zur Verhinderung der systematischen Verletzung der Menschenrechte dürfen auch nicht durch ein Veto oder die Androhung eines Vetos blockiert werden. Dies untergräbt die Stellung des Sicherheitsrates und der UNO.

Die internationale Gemeinschaft kann sich gegenüber solchen humanitären Katastrophen nicht passiv verhalten. Die Frage des Handelns muss jedes Mal aufs Neue geprüft werden. Auch die langfristigen und grundsätzlichen Aspekte müssen Beachtung finden, ebenso wie die Weiterentwicklung der völkerrechtlichen Bestimmungen.

Die ständigen Mitglieder tragen eine besondere Verantwortung für die Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrates. Sie sollten so weit wie möglich nicht von ihrem Vetorecht Gebrauch machen oder seine Anwendung androhen. Ein erster Schritt hin zu einer vetofreien Kultur wäre die Begrenzung des Vetorechts auf friedens erzwingende Einsätze.

Frau Präsidentin!

Ein Ausblick auf die Welt zeigt, welchen Aufgaben wir uns bei unserem Einsatz für Frieden, Demokratie und Entwicklung stellen müssen.

Der westliche Balkan bleibt weiterhin eine offene Wunde in Europa. Neuen Kriegen muss vorgebeugt werden, die Demokratie muss gestärkt und die Wirtschaft entwickelt werden, und die Flüchtlinge müssen eine Rückkehrmöglichkeit erhalten.

Ethnische Säuberung, Krieg, Massenflucht und die Fortsetzung der Übergriffe im Kosovo lassen eine baldige Versöhnung zu einer Illusion verkommen. Eine demokratische Veränderung der Bundesrepublik Jugoslawien ist für die Entwicklung der gesamten Region von entscheidender Bedeutung. In Kroatien lassen die Ereignisse der vergangenen Wochen die Hoffnung aufkeimen, dass die Kräfte der Zusammenarbeit bald gewinnen werden.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist Ausdruck einer politischen Vision, diese Region schrittweise in die europäische Zusammenarbeit eingliedern zu können.

Das Engagement Schwedens auf dem westlichen Balkan wird durch die Teilnahme an den KFOR und SFOR, an der Kosovomission der UNO, durch zivile Polizeikräfte, Wahlbeobachter und umfangreiche Maßnahmen für Flüchtlinge und Entwicklungshilfe in der Region fortgesetzt.

Afrika ist von starken Gegensätzen gezeichnet – ernsthafte Konflikte, Elend und Ausgrenzung, aber andernorts auch Demokratie und dynamische Volkswirtschaften.

Große Anforderungen werden an die Fähigkeit Afrikas gestellt, Konflikte vorzubeugen und sie zu lösen. Schweden will, dass die EU bei dieser langfristigen Arbeit eine besondere Verantwortung zur Unterstützung der afrikanischen Staaten übernimmt.

Die Regierung will die Zusammenarbeit mit Afrika weiterentwickeln. Eine breitere und langfristige Partnerschaft mit afrikanischen Staaten soll durch Kontakte mit der Wirtschaft, den Volksbewegungen und Institutionen in Schweden aufgebaut werden.

Im Nahen Osten ist mit der israelisch-syrischen Öffnung der Verhandlungen eine neue Phase eingeleitet worden. In diesem Jahr sind positive Ergebnisse zwischen Israel und der palästinensischen Verwaltung möglich, ebenso zwischen Israel und Syrien, sowie zwischen Israel und dem Libanon. Ein gerechter Frieden setzt voraus, dass Israel geborgen innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen existieren kann und die Palästinenser einen eigenen Staat bilden können.

Die Zusammenarbeit Schwedens mit den Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika wird durch die Einrichtung des Alexandria-Instituts vertieft. Als Teil dieser Politik ist auch unser Beitrag zum Barcelona-Prozess der EU anzusehen.

Die Asienkrise scheint sich in einen Trend umgewendet zu haben, der auf ein neues und starkes Wachstum in den Staaten der Region hinweist. Die Krise zeigte, wie stark sich die Entwicklung der asiatischen Staaten auf unser eigenes Land und auf die internationale Wirtschaft und Politik auswirkt.

Die stärkere wirtschaftliche Öffnung Chinas ist zu begrüßen, doch steht sie im Kontrast zur Lage der Menschenrechte. Die demokratische Entwicklung in Indonesien vollzieht sich unter schwierigen Umständen und verdient die Unterstützung der ganzen Welt.

Osttimor strebt mit Hilfe der UNO die Selbständigkeit an. Damit bleibt ein wesentlicher Bereich auf der Liste der UNO über Kolonien übrig; die Westsahara-Frage wartet nach wie vor auf ihre Lösung.

In Lateinamerika hat sich die Demokratie durchsetzen können. Gleichzeitig besteht zwischen den Bevölkerungsgruppen eine große Kluft, mancherorts geschehen immer noch Verstöße gegen die Menschenrechte.

Die Beziehungen Schwedens und der EU zu Lateinamerika sind gestärkt worden. Der Gipfel von Rio festigte die in der Politik und Entwicklungshilfe entstandene Zusammenarbeit, die durch engere Wirtschaftsverbindungen noch vertieft wird.

Frau Präsidentin!

Die Kosovo-Flüchtlinge des vergangenen Jahres bauen ihre zerstörten Häuser wieder auf. Schwedische Soldaten liefern Lebensmittel an Serben in einem von der Außenwelt abgeschnittenen Dorf.

In Tschetschenien verstecken sich von Schrecken gezeichnete Familien vor den Panzern. In Sierra Leone verbreiten mit Maschinengewehren bewaffnete Kindersoldaten Angst und Schrecken.

In Afghanistan wird eine Mädchenschule geschlossen, weil Entwicklungshilfeorganisationen gezwungen wurden aufzugeben. In Mosambik wird eine weitere Schule geöffnet, weil nach erfolgreichem Einsatz der UNO wieder Frieden eingekehrt ist.

In der Türkei stärken die Forderungen der EU die Rechte der kurdischen Bevölkerung. Neue Techniken brechen das Informationsmonopol auf und bilden Netzwerke für Menschenrechte und Abrüstung.

Die Erweiterung der EU gewährleistet Demokratie in der Slowakei. Schwedische Jugendliche studieren in Deutschland, mittelständische Unternehmer aus Schweden können sich in Frankreich niederlassen. Auch Dank der EU.

Dies sind die Themen, von denen die Außenpolitik des 21. Jahrhunderts vor allem handeln wird. Frieden, Demokratie und Entwicklung – Träume und Ängste, Hoffnungen und Möglichkeiten der Menschen.

Dies ist unsere Verantwortung, die wir im Norden und im Ostseeraum, in Europa und in der Welt gemeinsam tragen.